



Gemeinsam für eine lebendige Stadt

**Wahlprogramm der Freien Demokratischen Partei
Stadtverband Dorsten zur Kommunalwahl am
30.08.2009**

in der Fassung des Parteitagsbeschlusses vom 28.06.2009
Nähere Informationen: www.fdp-dorsten.de

Präambel

Unsere Stadt ist mehr als die Summe ihrer Einwohner, mehr als das Netz ihrer Straßen und Kanäle, mehr als die Schulen, Häuser, Fabriken, sie ist der Ort gemeinsamen Lebens und Arbeitens aller Menschen gleich welchen Alters, Herkunft und Geschlechtes, sie ist aber auch ein Ort der Sicherheit und der Raum für die persönliche Entwicklung und Gestaltung des eigenen Lebens.

In den Zeiten der Globalisierung und weltweiten Krisen ist es für uns umso wichtiger die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu sichern und zu verbessern und ihnen ein hohes Maß an Möglichkeiten zur freien Entfaltung ihres Lebens zu geben.

In den zurückliegenden 10 Jahren hat die FDP bei all ihren Entscheidungen und Beiträgen immer zuerst die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund gestellt. Dies wird auch in Zukunft so sein. Die FDP ist auch weiterhin der verlässliche Partner und Anwalt der Bürgerinnen und Bürger in der Dorstener Kommunalpolitik.

Ihre Dorstener Liberalen

Inhaltverzeichnis der Themenbereiche

Stadtentwicklung.....	3
Verkehrsinfrastruktur und Mobilität.....	4
Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarkt.....	5
Kindergärten, Schulentwicklung und Vernetzung der Bildungslandschaft	6
Soziale Verantwortung – Integration, Familie, Jugend und Senioren...	7/8
Sportförderung.....	9
Kultur, Freizeit und Tourismus.....	10
Bürgerfreundliche Verwaltung, öffentliche Ordnung, Finanzen.....	11/12

Stadtentwicklung

In der Stadtplanung waren die letzten Jahre geprägt von der Überarbeitung und Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes als wichtigstes Instrument für die städtebauliche und verkehrliche Entwicklung unserer Stadt. Nun gilt es in Zukunft im Interesse der Bürgerinnen und Bürger die Maßnahmen und planerischen Visionen umzusetzen. Viele Entwicklungen und Pläne kann die Stadt alleine nicht realisieren. Wir brauchen daher starke Partner und Menschen, die bereit sind in unsere Stadt zu investieren und die zukünftige Gestalt unserer Stadt mitzuprägen. Diese Bereitschaft und das große Potential müssen wir als Stadt unterstützen und fördern.

Wir wollen in einen offenen und fairen Dialog über die Stärken und Schwächen von städtebaulichen Entwicklungen und Stadtgestaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern treten. Bürgerbeteiligung darf in planerischen Prozessen kein Alibi sein.

Die FDP steht daher für:

- Die zügige Entwicklung der ehemaligen Zechenflächen als überregionale Kultur und Freizeitfläche sowie Gewerbe- und Handelsfläche in Zusammenarbeit mit dem privaten Investor und der RAG MI
- Den Ankauf der ehemaligen Ruhrgasflächen und Entwicklung als Gewerbefläche
- Die Entwicklung weiterer Gewerbe- und Industrieflächen zur Schaffung und Sicherung nachhaltiger Arbeitsplätze, z.B. Erweiterung des Industriepark Dorsten/Marl, Entwicklung des Gewerbegebietes der ehemaligen Schachanlage Wulfen
- Die Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes für den Stadtteil Hervest gemeinsam mit allen Beteiligten
- Die weitere gleichmäßige wohnbauliche Entwicklung aller Stadtteile unter Berücksichtigung neuer Wohnformen wie z.B. Mehrgenerationenwohnen und anderer integrativer Wohnformen auf den Flächen der ehemaligen Josefschule
- Keine abgeschlossenen, nur am Interesse Einzelner orientierter Wohngebiete ohne städtebauliche Vernetzung
- Eine städtebauliche Entwicklung hoher Qualität im Bahnhofsumfeld und auf den Flächen zwischen dem Busbahnhof und der Straße „Auf der Bovenhorst“. Eine Ansiedlung eines Elektrofachmarktes wie z.B. Mediamarkt an diesem Standort lehnt die FDP ab.
- Eine städtebauliche hochwertige Entwicklung der Flächen der Matthäusschule in Wulfen
- Eine Entwicklung des Lippetoeres unter Beteiligung privater Investoren und der städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft WINDOR
- Die Einrichtung eines Gestaltungsbeirates in der Stadtplanung zur Beteiligung bei städtebaulich wichtigen Bauvorhaben
- Die Fortführung des Stadtumbauprozesses in Wulfen-Barkenbergr
- Die weitere Entwicklung des Zentrums und der Nahversorgungsbereiche der Stadtteile im fairen Wettbewerb unter Berücksichtigung der gesamtstädtischen Interessen

Verkehrsinfrastruktur und Mobilität

Im Zeitalter hoher Individualität und Mobilität der Menschen in ihrem Berufsleben und Freizeitverhalten sowie der stärkeren Vernetzung ist der Ausbau einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur eine wichtige Aufgabe kommunaler Planung. Dabei spielt der Ausbau und Unterhalt eines intakten Straßen- und Verkehrsnetzes eine gleichgroße Rolle wie die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs. Nur die gleichberechtigte Entwicklung individuellen und öffentlichen Verkehrs sichert auf Dauer die Interessen der Menschen in unserer Stadt. Ziel der städtischen Verkehrsplanung für die Zukunft muss die Vernetzung aller Stadtteile und eine funktionierende Einbindung in das regionale und überregionale Verkehrsnetz sein.

Die FDP steht daher für:

- Den Erhalt der Anbindung an das Münsterland sowie an das Kernruhrgebiet und damit an die geplante Rhein-Ruhr-Express-Schiene über die Linien RE 14 Essen-Borken, RB 43 Dorsten-Dortmund, RB 44 Dorsten-Oberhausen und RB 45 Dorsten-Coesfeld unter Einbeziehung der Angebote privater Anbieter
- Die Verlegung und den Umbau des Bahnhofes Hervest-Dorsten
- Den Erhalt und Ausbau des gesamtstädtischen ÖPNV und den behindertengerechten Ausbau aller Haltestellen
- Den Erhalt und Ausbau des Dorstener Fuß- und Radwegenetzes in Zusammenarbeit mit dem Kreis Recklinghausen und den Nachbargemeinden und -kreisen
- Eine stadtverträgliche Nordanbindung des Stadtteiles Barkenberg und die verkehrliche Verknüpfung mit dem Stadtteil Lembeck
- Eine regelmäßige Unterhaltung des städtischen Verkehrsnetzes ohne kostenaufwändige Umbauten, sofern sie nicht verkehrstechnisch notwendig sind
- Eine langfristige Verlegung der B 58 zwischen Altwulfen und Barkenberg
- Den Ausbau und der Verlegung der L 608 bis zur B 58 unter Einbeziehung des Gewerbegebietes „Im Köhl“
- Eine stadtverträgliche südliche Umfahrung des Stadtkerns zwischen Marler Straße und Kirchhellener Allee auch in Teilabschnitten
- Die Reduzierung der Verkehrszeichen auf das verkehrsrechtlich notwendige Maß
- Die langfristige Zielvorstellung einer vollständigen Entlastung des Ortskerns Lembeck vom Schwerlastverkehr sowie die Prüfung einer kurzfristigen Kreisverkehrslösung an der Nahtstelle Lippramsdorfer Str. / Rekener Str.
- Die Ausrichtung von Geschwindigkeitsmessungen und verkehrssichernden Maßnahmen ausschließlich an wirklichen Unfall- und Gefahrenschwerpunkten im Stadtgebiet
- Verkehrssichernde Maßnahmen im Dorf Rhade an der Erler Str. / Lembecker Str. (Höhe Urbanusschule und Nahversorgungszentrum) zur Erhöhung der Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer

Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarkt

Die Dorstener Wirtschaft ist nach dem Wegfall großindustrieller Arbeitsplätze im Bergbau ausschließlich geprägt von vielen kleinen und mittleren Unternehmen mit mittelständischer Betriebsstruktur. Häufig handelt es sich um Betriebe, in denen privates Unternehmertum und familiäres Engagement eine große Rolle spielt. Gerade diese Unternehmen identifizieren sich mit ihrer Stadt und zeigen darüber hinaus zusätzliches ehrenamtliches Engagement im Gemeinschaftsleben unserer Stadt. Die Förderung dieser mittelständischen Struktur ist ein großes Anliegen der FDP. Auch die Leistung vieler Migrantinnen und Migranten in der Dorstener Wirtschaft ist nicht zu unterschätzen. Besonders die vielen türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind im heimischen Wirtschaftsleben integriert. Hier bedarf es jedoch nach Auffassung der FDP einer weiteren gezielten Förderung.

Diese Strukturen und Chancen sind seitens der Dorstener Wirtschaftsförderung (WINDOR) gezielt zu stärken und auszubauen. Das Bestehen am immer stärker globalisierten Wirtschaftsmarkt hängt auch davon ab, wie die Unternehmen vor Ort, sei es durch die steuerliche Entlastung, sei es durch Beratung über Fördermöglichkeiten, unterstützt werden. Der Ausbau der Existenzgründungsberatung und die Unterstützung von Jungunternehmerinnen und -unternehmern hat in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung.

Ziel der Dorstener Arbeitsmarktpolitik muss es sein, mittelfristig die Arbeitslosenquote unter 5% zu senken. Hierzu bedarf es einer engen Zusammenarbeit zwischen heimischer Wirtschaft, Stadt und der Agentur für Arbeit. Daher ist die gezielte Ansiedlung zusätzlicher Unternehmen durch Bereitstellung von Flächen und Beratungsservice sicherzustellen.

Die FDP steht daher für:

- Eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft in Form regelmäßiger Wirtschaftsgespräche
- Eine weitere Intensivierung einer interkommunalen Zusammenarbeit, z. B. mit der Gemeinde Schermbeck sowie den Kreisen Borken und Coesfeld
- Ein Bekenntnis zu dem Wirtschaftsraum Emscher-Lippe und der gemeinsamen Wirtschaftsförderung in Form der WIN-Emscher, aber auch zu der Verknüpfung in das südliche Münsterland und die Kreise Borken und Coesfeld im Rahmen der Regionale 2016
- Einen gezielten Ausbau der Freizeitwirtschaft und des Tourismus in Dorsten
- Gezielte Beratungsangebote der Wirtschaftsförderung für Migrantinnen und Migranten. Aktivierung des Gründungspotentials unter den Migranten
- Einstellung einer/s Mitarbeiterin/ers mit Migrationshintergrund und entsprechenden Sprachkenntnissen bei der städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft
- Eine gezielte Förderung von Existenzgründungen und Existenzfestigung bestehender Unternehmen
- Eine mittelfristige Senkung der Gewerbesteuer auf unter 400 Punkte
- Eine Optimierung der wirtschaftlichen Tätigkeit der kommunalen Eigenbetriebe und Gesellschaften

Kindergärten, Schulentwicklung und Vernetzung der Bildungslandschaft

Unsere Stadt lebt ganz wesentlich von ihrer reichen Schul- und Bildungslandschaft. Zu unserem großen Bedauern kann sich aber auch die Schulentwicklung vor den Veränderungen durch den demographischen Wandel und die Wahl der Schulform vieler Eltern und Kinder nicht verschließen. Trotz der Schließung zweier Hauptschulen im Rahmen des Schulentwicklungsplanes besitzt unsere Stadt weiterhin ein gutes Angebot in allen Schulformen. Häufig hängt die Wahl der Schulform und des Schulstandortes aber auch von dem Zustand des Gebäudes sowie der Ausstattung in sachlicher und personeller Hinsicht ab. Für die FDP ist daher wichtig sich nach der sehr intensiven Diskussion im Rahmen der Neuaufstellung des Schulentwicklungsplanes nicht erneut mit Schließungen, Schulformveränderungen oder anderer Verlagerungen von Schulen zu beschäftigen, sondern dafür zu sorgen das vorhandene Schulsystem mit seinen Schulformen zu stärken und zu sanieren. Es bedarf nun endlich einer gezielten Sanierung aller Schulgebäude in Dorsten. Dies wird eine der Hauptaufgaben in den nächsten Jahren sein. Darüber hinaus muss sich die Bildungslandschaft auch in die Region hinein stärker vernetzen, um Bildungsangebote gezielt den Anforderungen der Schülerinnen und Schüler anzupassen. Dabei ist auch der Ausbau der Ganztagsangebote ein wichtiger Baustein.

Die Diskussion über das Kinderbildungsgesetz (KIBITZ) hat gezeigt, wie wichtig gezielte Beratung und individuelle Förderung und Angebote im Bereich der Kinderbetreuung in Zukunft sein werden. Dabei müssen sich die Angebote an den Interessen der Eltern und insbesondere alleinerziehender Mütter und Väter orientieren.

Die FDP steht daher für:

- Den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems unter Einbeziehung der staatlich anerkannten Ersatzschulen
- Keine zweite Gesamtschule in Dorsten
- Die zügige Sanierung aller Dorstener Kindergärten und Schulen
- Den Ausbau der Ganztagsbereiche und Ganztagsangebote sowie die qualitative Verbesserung in den Grund-, Haupt- und Realschulen und im Gymnasium Petrinum
- Den Ausbau der schulpsychologischen Beratung unter Einbeziehung niedergelassener Schulpsychologen
- Eine stärkere Vernetzung der regionalen Bildungslandschaft unter Einbeziehung aller Bildungspartner in öffentlicher Hand und Wirtschaft
- Eine gezielte Kooperation der Schulen mit Wirtschaftsunternehmen z.B. in Form von regelmäßigen Praktika über das gesetzliche Maß hinaus
- Gezielte Sprachförderung in den Kindergärten im Zusammenhang mit dem Ausbau zu Familienzentren
- Eine bewusste Stärkung muttersprachlicher und deutscher Sprachkenntnisse bei Kindern mit Migrationshintergrund
- Den Erhalt aller Grundschulen in den Stadtteilen
- Ordnungspartnerschaften zwischen Familien und Schulen
- Die Ausweitung der U3 (unter dreijährigen) Betreuungsangebote

Soziale Verantwortung - Integration, Familie, Jugend und Senioren

Soziale Verantwortung innerhalb unserer Stadt erstreckt sich für die FDP nicht allein auf die gezielte Unterstützung einkommensschwacher Mitbürgerinnen und Mitbürger. In einer fairen und offenen Bürgergesellschaft ist auch Einstehen für die Gemeinschaft, das ehrenamtliche Engagement, das Verständnis für die Andersartigkeit des Nachbarn, die Toleranz zwischen Kulturen und Generationen Ausdruck sozialer Verantwortung untereinander. Die Dorstener FDP bekennt sich aber auch zu ihrer Verantwortung hinsichtlich der Integration behinderter Mitbürgerinnen und Mitbürger in das Alltagsleben unserer Stadt von der Kindheit an. Dies gilt selbstverständlich auch für die Menschen, die in eine psychische oder körperliche Abhängigkeit geraten sind. Auch sie brauchen Unterstützung für ein Leben in unserer Stadt.

Kommunale Angebote müssen sich am Bedarf der Mitbürgerinnen und Mitbürger orientieren. Dabei steht der Ausbau der Familienzentren als Anlaufpunkt für Beratung und Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden an vorderer Stelle.

Die FDP befürwortet ausdrücklich die Umsetzung des Seniorenplanes in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat.

Die Partizipation von gesellschaftlichen Gruppen ist ein wichtiges Anliegen der FDP. Neben den bestehenden Beiräten für Behinderte und Senioren ist es wichtig auch Beteiligungsformen für die Migrantinnen und Migranten sowie für Jugendliche zu entwickeln.

In der Diskussion um Beteiligungs- und Mitwirkungsformen für Jugendliche in Dorsten übernimmt die FDP das Zwei-Wege-Modell der Jungen Liberalen. Dieses Modell stärkt durch themen- und problembezogene Mitwirkungsangebote (z.B. Jugendforen in den Stadtteilen, Verwaltungs- und Politikgespräche, Workshops, aktive Teilnahme an Bau- oder sonstigen Maßnahmen in Jugendprojekten) die frühzeitige und unmittelbare Beteiligung junger Menschen an konkreten Lösungsstrategien vor Ort (1. Weg). Daneben muss gleichzeitig die institutionelle Partizipation über aktives eigenes Engagement in den Parteien und Jugendverbänden erfolgen, wo junge Menschen ernst genommen und ihre Probleme gehört werden. Durch Mitwirkung in Parteien und Verbänden können Jugendliche als gleichberechtigte Partner nachhaltig ihre Interessen selbst und direkt in Entscheidungsgremien vertreten (2. Weg).

Die FDP steht daher für:

- Die Schaffung eines festen Jugendzentrums im Stadtteil Hervest
- Die Einrichtung von Familienzentren in allen Stadtteilen
- Eine stufenweise Umsetzung des Seniorenförderplanes
- Eine Umsetzung des Migrationskonzeptes, z. B. durch Schaffung eines Migrationsbeirates, Wirtschaftsförderung für Migranten
- Die Einführung projekt- und stadtteilbezogener Partizipation von Jugendlichen nach dem Modell der Jungen Liberalen

- Eine Vernetzung und bessere Koordination der Beratungslandschaft in Dorsten zwischen kommunalen, privaten und freien Trägern der Wohlfahrtspflege
- Die Einrichtung von zusätzlichen Pflegeplätzen für Demenzkranke in Dorsten
- Den Ausbau des Sozialraumprojektes und die Schaffung von Stadtteilkonferenzen in allen Stadtteilen zur Verknüpfung von professionellem und ehrenamtlichem Engagement
- Die Errichtung des LWL – Wohnheimes für alkoholranke Menschen in Maria-Lindenhof

Sportförderung

Neben der Förderung von körperlichen und gesundheitlichen Funktionen besitzt der Sport eine große Bedeutung im sozialen Leben unserer Stadt. Besonders in der Heranbildung und Integration hat sich die Arbeit der vielen Sportvereine in Dorsten bewährt. Ohne das große ehrenamtliche Engagement in den Vereinen wäre eine solche Fülle von Angeboten in den verschiedenen Sportarten nicht denkbar. Unsere Stadt wäre um ein Vielfaches ärmer ohne die Vereinsarbeit. In den Zeiten von Nothaushaltsrecht und leeren Kassen fällt es der Stadt schwer alle sportlichen Einrichtungen angemessen zu unterhalten. Auch die Förderung der Vereine findet nicht in dem Umfang statt, wie es der Arbeit der Vereine entsprechen würde. Daher unterstützt die FDP alle Überlegungen, wie die Sportstätten zukünftig besser unterhalten werden und in angemessener Form saniert werden können. Überlegungen, die wirtschaftliche Situation durch Gründung einer Sportstättengesellschaft zu verbessern, werden von der FDP begrüßt. Dies darf jedoch nicht zu Lasten der Vereine geschehen.

Die FDP steht daher für:

- Die gerechte Verteilung der Sportpauschale unter allen Vereinen
- Die gezielte Förderung der Jugendarbeit in den Vereinen unter Einbeziehung des Stadtsportbundes
- Die Sanierung aller kommunalen Sportstätten und Unterstützung der Vereine bei der Sanierung der Vereinssportstätten
- Die Beratung der Vereine bei der Erlangung von zusätzlichen Fördergeldern

Kultur, Freizeit und Tourismus

Für lebendige Städte mit hoher Lebensqualität ist ein attraktives Kulturangebot unverzichtbar. Kultur prägt die Individualität unserer Stadt, sie ermöglicht die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt. Daher hat der Erhalt des Kulturangebotes in unserer Stadt höchste Priorität. Für die FDP ist der Erhalt der Kultureinrichtungen unserer Stadt, wie z. B. der Stadtbücherei, unverzichtbar. Umso wichtiger ist daher die Vernetzung mit den Nachbarstädten und ihren Angeboten. Daher hat die FDP bereits beantragt die Zusammenarbeit mit dem Theater Coesfeld unter Einbeziehung der Nordwestbahn zu prüfen. Zusammenarbeit in der Region ist der Schlüssel für die kulturelle Entwicklung unserer Stadt. Daher begrüßt die FDP die Teilnahme an der Kulturhauptstadt 2010 und der gemeinsamen Regionale 2016 mit den Kreisen Wesel, Borken und Coesfeld. Gerade in Zeiten knapper Kassen muss die Kultur zum Grundrecht werden. Aus diesem Grunde setzt sich die FDP für die Zusammenarbeit in der Kulturarbeit mit privaten Anbietern ein. Kultur findet ihren Ausdruck aber auch in bürgerschaftlichem Engagement und Initiativen. Menschen brauchen Spielraum, um sich zu engagieren zu können, sei es in Initiativen, Stiftungen, Vereinen oder Unternehmen. Hier muss unsere Stadt die Menschen durch gezielte Förderung unterstützen. Häufig scheitern Projekte nicht allein am Geld, sondern an mangelnder Unterstützung. Wir begrüßen daher außerordentlich die Initiative zum Dorstener Rockfestival auf der Halde.

Unsere Stadtfeste müssen wieder zum Ausdruck der eigenen Kultur werden. Die FDP regt daher an die Bürger bei der Gestaltung der Stadtfeste wieder stärker einzubeziehen. Die Verwendung des Kostümfundus aus dem Stadtjubiläum 2001 bietet hier eine gute Basis. Auf diese Weise könnte jährlich wieder ein Stück Stadtgeschichte erlebbar gemacht werden.

Die FDP steht daher für:

- Den Erhalt der Kultureinrichtungen in unserer Stadt wie z.B. der Stadtbücherei
- Die Zusammenarbeit in der Kulturarbeit mit privaten Anbietern wie z.B. privaten Musikschulen
- Eine Stärkung des Stellenwertes und der Wertschätzung für private Kulturprojekte wie z. B. die Errichtung des Kultur- und Freizeitprojektes Zeche Fürst Leopold
- Die Vernetzung der Kulturarbeit in der Region
- Die Teilnahme an der Kulturhauptstadt 2010 sowie der Extraschicht 2010
- Die Teilnahme an der Regionale 2016 mit den Kreisen Wesel, Coesfeld und Borken sowie der Stadt Haltern am See
- Eine Überarbeitung der Konzepte für die Stadtfeste wie z.B. des Altstadtfestes unter stärkerer Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements
- Errichtung eines Gedenkortes zur Würdigung der Leistung der Dorstener Trümmerfrauen im kriegszerstörten Dorsten
- Die weitere Stärkung des Tourismusstandortes Dorsten z. B. durch Errichtung weiterer Wohnmobilstellplätze und weiterer Pauschalangebote durch das Freizeitbad Atlantis unter Einbeziehung der örtlichen Gastronomie- und Hotelbetriebe
- Die Stärkung des Fahrradtourismus als fahrradfreundliche Stadt Dorsten

Bürgerfreundliche Verwaltung, öffentliche Ordnung, Finanzen

Für die FDP ist die Verwaltung für den Bürger da, nicht der Bürger für die Verwaltung. Unter dem Stichwort der „bürgerfreundlichen Verwaltung“ verstehen wir einen modernen Servicebetrieb, der es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht auf einfache Weise Informationen abzurufen, Anträge zu stellen und seinen Verpflichtungen nachzukommen. Unter dem Stichwort E-Government ist der weitere Ausbau des kommunalen Angebotes zu prüfen und effizienter zu gestalten.

Die Beratung von Antragstellern muss sich an ihren Bedürfnissen orientieren. Sinnvolle Verknüpfungen in der Bauberatung durch gemeinsame Beratung von Planungsamt und Bauordnungsamt erleichtern es den Antragstellern ihre Anträge zu bearbeiten und ersparen unnötige Gänge. Feste Beratungstage in den nördlichen Stadtteilen sollen es den Bürgern ermöglichen, Informationen ohne lange Anfahrtswege zu erhalten.

Eine schlanke Verwaltung muss sich am Maß ihrer Aufgaben orientieren. Die FDP setzt sich daher für die Überprüfung von Aufgaben ein unter der Maßgabe „Privat vor Stadt“. Gleiches gilt jedoch auch für die Politik. Die FDP tritt daher weiterhin für eine Verkleinerung des Rates im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten ein.

Eine liberale Bürgergesellschaft ist geprägt von Bürgerbeteiligung und ehrenamtlichen Engagement. Engagement darf jedoch nicht zur Sackgasse werden. Die Bürger müssen mit ihren Anliegen ernst genommen werden. Bürger-Versammlungen müssen daher wieder zu echten Diskussionsforen werden. Nur ein echter Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern führt zu Problemlösungen, die von Allen getragen werden.

In unserer freiheitlichen und offenen Gesellschaft ist Sicherheit, öffentliche Ordnung und Sauberkeit ein elementares Bedürfnis der Menschen und trägt nicht zuletzt zu einer hohen Lebensqualität bei. Die FDP erkennt daher die Notwendigkeit an öffentliche Ordnung zu steuern. Wir brauchen jedoch eine Balance aus Freiheit und Sicherheit. Die Lösung der Probleme kann jedoch nicht eindimensional erfolgen. Aus diesem Grund setzt sich die FDP für eine Liberalisierung des Ordnungsrechtes ein. Wer eine faire und freie Gesellschaft will, muss dies auch ermöglichen. Die FDP steht daher für eine Kultur des Hinsehens und Helfens ein. Dabei sind Ordnungspartnerschaften mit der Polizei sinnvoll und richtig. Allgemeine und regelmäßige Videoüberwachungen im öffentlichen Raum wird es jedoch mit der FDP in Dorsten nicht geben.

Liberalisierung im öffentlichen Leben bedeutet auch das Anerkennen anderer Lebensmodelle und Vorstellungen. Rücksicht und gegenseitige Toleranz erfordern Mut und Verantwortung jedes Einzelnen. Daher setzt sich die FDP für die Liberalisierung des Dorstener Friedhofwesens ein. Alternative Bestattungsformen und -feiern müssen zukünftig auch in Dorsten möglich sein.

Die finanzielle Situation der Stadt Dorsten hat sich auch nach Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) nicht wesentlich verbessert. Hoffnungen diesbezüglich haben sich nicht erfüllt. Aus eigener Kraft wird die Stadt ihre finanzielle Unabhängigkeit auf lange Sicht nicht mehr erreichen. Ohne eine klare landes- und bundespolitische Anerkennung des Konnexitätsprinzips und die Bereitstellung

zusätzlicher Einnahmequellen durch eine Novellierung der Gemeindefinanzierung wird keine Verbesserung der Haushaltssituation gelingen. Dies darf jedoch nicht zu Resignation führen, sondern muss alle Politikerinnen und Politiker anspornen jede Ausgabe zu prüfen und zu hinterfragen. Forderungen nach noch mehr Ausgaben und dem damit verbundenen Anstieg der Schuldenlast erteilt die FDP eine klare Absage.

Die FDP steht daher für:

- Die Überprüfung von Aufgabenbereichen innerhalb der Verwaltung
- Die Verkleinerung des Rates im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten
- Den Ausbau des E-Government in der Stadtverwaltung
- Die Errichtung einer gemeinsamen Bauberatung von Planungsamt und Bauordnungsamt
- Eine neue Form von Dialogen mit den Bürgerinnen und Bürgern auf Diskussionsforen in allen Stadtteilen
- Eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den Entscheidungsprozessen
- Die Beibehaltung von Ordnungspartnerschaften mit der Polizei
- Eine Überarbeitung des Friedhofswesens unter Berücksichtigung einer Liberalisierung wie z.B. der Errichtung eines Kolumbariums (Gebäude zur Aufbewahrung von Urnen) unter Beteiligung privater Anbieter
- Eine Haushaltskonsolidierung unter Überprüfung jeder Ausgabe im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten
- Eine weitere Liberalisierung des Ordnungsrechts, z.B. Überarbeitung der Marktordnung und die Überprüfung sämtlicher sonstiger städtischer Ordnungsvorschriften auf Notwendigkeit, Effizienz und Durchsetzbarkeit
- Eine saubere Stadt Dorsten (Bekämpfung von wilden Müllkippen, effiziente Verfolgung von Umweltsündern und gleichzeitiges Aktivieren von Bürgerverantwortung und –engagement zur Erhaltung der Sauberkeit von Stadt und Grünflächen)
- Eine verstärkte sichtbare Präsenz von Polizei- und Ordnungsbehörden an Unbehagensschwerpunkten als Partner für Offenheit und Sicherheit und als Ansprechpartner für alle Bürger